

**Umsetzung und Evaluation
des Erneuerbare Energien Wärmegesetzes (EEWärmeG)
in München**

Antrag Nr. 08 – 14 / A 04205 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL
vom 26.04.2013

**4. Hinweis / Ergänzung
vom 03.03.2015**

Sitzungsvorlagen Nr. 14 – 20 / V 00910

Anlage

3. Änderungsantrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN/RL
vom 04.02.2015

**4. Hinweis / Ergänzung zum
Beschluss des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung vom 11.03.2015 (VB)**
Öffentliche Sitzung

I. Ergänzung zum Vortrag der Referentin:

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung hatte am 16.07.2014 die Beschlussfassung der gegenständlichen Vorlage zum EEWärmeG in eine Sitzung nach der Sommerpause vertagt. Erneut vertagt wurden am 17.09.2014 die Beschlussfassung einschließlich Hinweis/Ergänzung vom 08.09.2014 sowie am 04.02.2015 die Beschlussfassung einschließlich Hinweis/Ergänzung vom 22.01.2015 und 30.01.2015. Mit der letzten Vertagung wurde ein weiterer Änderungsantrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN/RL eingebracht (siehe Anlage 3).

Neben der Behandlung des Änderungsantrags (siehe unten) weist das Referat für Stadtplanung und Bauordnung angesichts der bisherigen Diskussion zu dieser Beschlussvorlage noch auf Folgendes hin:

Die beantragten Stellen sollen laut Beschlussvorlage im Bezirk der Abteilung Zentrale Dienste, konkret im Team HA IV/12 Statik und bautechnische Sonderverfahren, angesiedelt werden.

Dieses Team dient als zentraler technischer Dienstleister sowohl innerhalb der Lokalbaukommission (LBK) als auch als Ansprechpartner nach außen und entlastet somit auch die LBK-Bezirksteams. Die neuen Stellen sollen neben der neuen Aufgabe zum EEWärmeG auch weitere Aufgaben aus diesem Bereich übernehmen.

Der Änderungsantrag entspricht bis auf einen zusätzlichen Punkt inhaltlich dem Änderungsantrag vom 16.07.2014. Insofern wird dazu auf die Ergänzung zum Vortrag der Referentin vom 08.09.2014 verwiesen. Zusätzlich wird von der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN/RL folgendes eingebracht:

"Die Stadtverwaltung wird beauftragt den Aufgabengliederungsplan schnellstmöglichst

dementsprechend anzupassen, dass dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung die entsprechenden Aufgaben übertragen werden können."

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung nimmt hierzu wie folgt Stellung:

Das Referat hatte bereits in der Vergangenheit beantragt, den Aufgabengliederungsplan entsprechend anzupassen. Dies setzt voraus, dass das Referat personell in die Lage versetzt wird, diese neue Aufgabe quantitativ und qualitativ zu übernehmen. Dementsprechend schließt sich die Referentin diesem Punkt des Änderungsantrags an. Dem Änderungsantrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN/RL vom 04.02.2015 wird somit nach Maßgabe der vorstehenden Ausführungen entsprochen. Im Übrigen wird auf die Aktualisierungen, die im 3. Ergänzungsblatt vom 30.01.2015 beschrieben sind, verwiesen.

Aufgrund dieses Hinweis / Ergänzungsblattes ändert sich der Antrag der Referentin (siehe hierzu 3. Hinweis / Ergänzungsblatt vom 30.01.2015) wie aus nachstehender Ziffer II. ersichtlich. Die Änderungen der Referentin sind in **Fettdruck** dargestellt.

II. Antrag der Referentin

Ich beantrage Folgendes:

1. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, bis zu einer bundes- oder landesweiten Regelung eigene Vollzugsregelungen und Formulare für die Überprüfung der Umsetzung des EEWärmeG zu entwickeln und die Kontrollen so bald wie möglich zu vollziehen. Dazu wird im Referat für Stadtplanung und Bauordnung, HA IV Lokalbaukommission eine eigene Arbeitsgruppe mit den dreieinhalb beantragten Stellen eingerichtet.
2. Nach Einrichtung der Arbeitsgruppe wird dem Stadtrat ein Konzept zum Vollzug der Vorschriften und zur Evaluation der Ergebnisse aus der Umsetzung des EEWärmeG vorgelegt.
3. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, das Referat für Gesundheit und Umwelt regelmäßig über Kontroll-Verfahren und Ergebnisse der Überprüfungen zu informieren.
4. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, die Einrichtung von zwei Planstellen in E 10 / E 11 TVöD technischer Dienst (vorbehaltlich dem Ergebnis der Stellenbewertung durch das Personal- und Organisationsreferat) und von einer Planstelle in A 11 Verwaltungsdienst (vorbehaltlich dem Ergebnis der Stellenbewertung durch das Personal- und Organisationsreferat) und einer halben Planstelle in A 9 / 10 Verwaltungsdienst (vorbehaltlich dem Ergebnis der Stellenbewertung durch das Personal- und Organisationsreferat) befristet für zwei Jahre ab Besetzung sowie die Stellenbesetzung beim Personal- und Organisationsreferat zu veranlassen.

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, die befristet erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von jährlich 215.710 Euro entsprechend der tatsächlichen Besetzung der Stellen bei den Ansätzen der Personalauszahlungen beim Kostenstellenbereich 184, Unterabschnitt 6110 anzumelden.

Im Ergebnishaushalt entsteht bei der Besetzung der Verwaltungsstellen mit einer Beamtin / einem Beamten durch Einbeziehung der erforderlichen Pensions- und

Beihilferückstellungen ein zusätzlicher Personalaufwand in Höhe von 36.875 Euro (50 % des Jahresmittelbetrags).

5. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Personal- und Organisationsreferat eine Stellenbemessung gemäß dem Leitfa- den zur Stellenbemessung durchzuführen, um festzustellen, ob und in welchem Umfang über die vorläufige Befristung hinaus ein Stellenbedarf besteht. Nach Fest- stellung des Personalbedarfs ist eine erneute Stadtratsentscheidung herbeizuführen.
6. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, die Bereitstellung der einmalig erforderlichen Haushaltsmittel für die Ersteinrichtung der Arbeitsplätze in Höhe von 9.480 Euro auf dem Büroweg bei der Stadtkämmerei zu beantragen.
7. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, die befristet erforder- lichen Haushaltsmittel für Arbeitsplatzkosten in 2015 in Höhe von 3.200 Euro im Rahmen der Planungen zum Nachtragshaushalt 2015 und für 2016 im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung in Höhe von 3.200 EUR zusätzlich anzumelden.
8. **Das Direktorium wird gebeten, unter den o.g. Voraussetzungen den Aufgaben- gliederungsplan anzupassen und die Aufgaben aus dem Vollzug des EEWär- meG dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung zu übertragen.**
- ~~8- 9.~~ Der Antrag Nr. 08 - 14 / A 04205 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/RL vom 26.04.2013 ist damit geschäftsordnungsgemäß behandelt.
- ~~9- 10.~~ Der Beschluss steht unter Finanzierungsvorbehalt bis zur Entscheidung der Vollver- sammlung des Stadtrates über den 2. Nachtragshaushalt 2015 am 01.11.2015.
- ~~10- 11.~~ Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.